

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	27.09.05

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/3594/05) am 13.09.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer, Frau Claudia Langenfeld, Herr Andreas Bergmann, Herr Arno Hadasch (bis 16.55 Uhr, vor Abstimmung Top 4), Herr Jürgen Heinemann (ab 16.55 Uhr, Abstimmung TOP 4)

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette (Frakt. Bündnis 90/Die Grünen)

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christoph Grüneberg (parteilos), Herr Manfred Todtenhausen (FDP-Fraktion)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel, Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Monika Lottmann (DPWV), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Christina Rogusch (Schulen), Frau Helena Wendt (Gesamtelternrat Kindergärten), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Integration), Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend und Familie)

als Vertreter der Jugendräte

Herr Ilias Bouaissa, Herr Jens Quast

als Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Uwe Meissner (208.0 – FB Kinder- u. Jugendhilfe), Herr Klaus Thiele (202 – Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder),

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der **Vorsitzende** Herrn Hadasch formgemäß als stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses. Herr Hadasch nimmt für Herrn Heinemann an der Sitzung teil.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des **Vorsitzenden** zu folgen und als neuen TOP 3.3 den Punkt „Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2006/2007 durch mögliche Veränderungen im Betreuungsbereich für Kinder“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

I. Öffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.06.05**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Einwände gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.06.05 werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 **Anliegen der Jugendräte**

Die Jugendräte **Jens Quast** und **Ilias Bouaissa** berichten über die in den letzten Wochen neu gestarteten Projekte. Bei einem Treffen mit Jugendräten aus Solingen, Remscheid und Hagen habe man eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Die Kollegen/Kolleginnen aus Hagen bedürften noch der besonderen Unterstützung. Die Strukturen seien dort noch nicht so gut ausgebildet wie in den übrigen Städten.

Sie weisen auf die ausliegenden roten Karten mit einem Bußgeldkatalog für „Müllsünder“ hin. Die in Zusammenarbeit mit der AWG initiierte Aktion werde heute noch auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

3 **Tagespflege**

3.1 **Mündl. Erfahrungsbericht des SKF Elberfeld**

Zum Thema Tagespflege wurde vor der Sitzung eine Broschüre der Landesvereinigung für Kinderbetreuung in Tagespflege NRW und eine statistische Erhebung des SKF Elberfeld für das vergangene Jahr ausgelegt.

Der Bericht von **Frau Diforth** über die Arbeit des SKF Elberfeld im Bereich Tagespflege ist als Anlage beigefügt.

Frau Diforth antwortet auch auf eine Frage von **Herrn Mucke**. Mit einer Aus-

stattung von 1 ¼ Stellen sei die Tagespflegevermittlung des SKF an ihre Kapazitätsgrenze angelangt. Die Vermittlungstätigkeit könne ohne zusätzliches Personal nicht ausgeweitet werden. Um 100 Kinder in eine Pflegestelle zu vermitteln müsse man wegen der unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern zuvor 150 - 180 Tagesmütter gefunden und überprüft haben.

3.2 **Organisatorische Zuordnung der Tagespflege** **- mündl. Bericht -**

Herr Dr. Kühn erinnert an den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.04.05, in dem u.a. die Frage aufgeworfen wurde, ob die organisatorische Trennung der Bereiche Tageseinrichtungen und Tagespflege innerhalb der Verwaltung noch sinnvoll ist. Im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der Tagespflege sollten beide Aufgaben künftig im Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder gebündelt werden, damit die betroffenen Eltern nur noch einen Ansprechpartner hätten.

3.3 **Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2006/2007 durch mögliche Veränderungen im Betreuungsbereich**

Herr Dr. Kühn geht auch auf die Rede des Herrn Oberbürgermeisters zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2006/2007 in der gestrigen Sitzung des Rates ein. Der Oberbürgermeister habe darauf hingewiesen, dass die Kinderbetreuung, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren, ein wesentlicher Faktor für die künftige Entwicklung Wuppertals darstelle. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt Wuppertal könnten aber keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen müsse der Rat vielmehr über die Umschichtung von Mitteln entscheiden. Die Verwaltung werde deshalb für die Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses ein Stufenkonzept für die schrittweise Schaffung zusätzlicher Plätze für unter Dreijährige vorlegen.

Herr Arens drängt darauf, die durch den Abbau von Kindergartenplätzen eingesparten Mittel nicht für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

Nach Auffassung von **Frau Lottmann** müssten entsprechend den Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes bis 2010 etwa 900 Plätze für unter Dreijährige geschaffen werden.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass keine rechtliche Verpflichtung zur Schaffung dieser Plätze besteht. Im Rahmen vorhandener Mittel sei es vielleicht möglich, 600 neue Plätze zu einzurichten.

4 **Einrichtung einer Kommission zur Zusammenarbeit von Schule u. Jugendhilfe** **Vorlage: VO/1068/05**

Der **Vorsitzende** informiert über die abweichende Beschlussempfehlung des Schulausschusses. Der Schulausschuss halte eine Kommission mit 20 Mitgliedern wegen ihrer Größe nicht für arbeitsfähig.

Jugendrat **Jens Quast** vertritt die Auffassung, dass auch ein Mitglied der Jugendräte der Kommission angehören sollte.

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass zu speziellen Themen auch Experten eingeladen werden. Dazu könnten auch die Jugendräte gehören.

Herr Arens stimmt dem Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission ausdrücklich zu. Er spiegele den Stimmenanteil der freien Träger im Jugendhilfeausschuss wider. Die Geschäftsführung für die Kommission solle aber im Geschäftsbereich 2.1 wahrgenommen werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AgFW) und der Jugendring könnten sich aber auch eine 10er-Kommission vorstellen, wenn der 2/5-Stimmenanteil der freien Träger (2 Stimmen) erhalten bleibe.

Herr Ippendorf und **Herr Dr. Hamburger** unterstützen die Auffassung von Herrn Arens und stellen die Bedeutung der freien Träger für ein erfolgreiches Arbeiten der Kommission heraus.

Herr Geisendörfer hält eine Kommission mit 20 Mitgliedern ebenfalls für zu groß. Die Hinzuziehung von Experten wie die Jugendräte zu bestimmten Themen entspricht auch seinen Vorstellungen. Er schließt sich aber der Auffassung der Verwaltung an, die Geschäftsführung für die Kommission beim Stadtbetrieb Schulen (SB 206) anzusiedeln.

Herr Mucke spricht sich für eine Verkleinerung der Kommission aus und unterstützt die Auffassung der AgFW hinsichtlich der Geschäftsführung.

Herr Dr. Kühn gibt zu bedenken, dass bei nur 10 Mitgliedern nicht alle Fraktionen des Rates in der Kommission vertreten sein könnten.

Herr Todtenhausen sieht eine Kommission mit 20 Mitgliedern durchaus als arbeitsfähig an.

Herr Arens weist darauf hin, dass eine Kommission mit 10 Mitgliedern unter Einbeziehung aller Fraktionen und einer 2/5-Beteiligung der freien Träger nicht möglich ist.

Der **Vorsitzende** lässt über den von Herrn Arens vertretenen Antrag der AgFW abstimmen (20 Mitglieder, Geschäftsführung beim GB 2.1).

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung der Ratskommission „Zusammenarbeit Schule/Jugendhilfe“ mit 20 Mitgliedern entsprechend der in der Begründung dargestellten Zusammensetzung. Die Geschäftsführung für diese Kommission wird abweichend vom Vorschlag der Verwaltung vom Geschäftsbereich 2.1 wahrgenommen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-, 6 Nein-Stimmen (gegen die Stimmen der CDU-Frakt., Frakt. Bündnis 90/Die Grünen)

5	Wie sicher sind die Spielplätze in Wuppertal? - Anfrage der FDP-Fraktion -	Vorlage: VO/1059/05
5.1	Beantwortung der Anfrage der FDP-Frakt. zur Sicherheit auf Kinderspielplätzen Vorlage: VO/1059/05/1-A	

Herr Todtenhausen sieht einen Widerspruch zwischen der Antwort der Verwaltung zur Anfrage seiner Fraktion im Vergleich zu den vorhandenen finanziellen Mitteln und den ihm aus der Presse bekannt gewordenen Untersuchungsergebnissen. Die Antwort der Verwaltung vermittele den Eindruck, dass es um die Sicherheit der Kinderspielplätze in Wuppertal sehr gut bestellt ist. Untersuchungen verschiedener überregionaler Zeitungen stellten Wuppertal dagegen kein allzu gutes Zeugnis aus.

Herr Verst betont, dass die Kinderspielplätze in Wuppertal in einem vergleichsweise guten Zustand sind. Die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel ließen es aber nicht zu, alle Spielplätze über die Beseitigung von Sicherheitsmängeln hinaus immer in einem für die Kinder attraktiven Zustand zu erhalten.

Jugendrat **Jens Quast** weist auf das Spielplatz-Patenschaftskonzept hin, dass zurzeit von der Verwaltung erarbeitet wird.

Herr Dr. Kühn macht darauf aufmerksam, dass im Haushaltsplan-Entwurf 2006/2007 nicht mehr wie bisher 770.000 € für den Ausbau und die Grundüberholung von Kinderspielplätzen ausgewiesen sind. Die Verwaltung schlage aber keineswegs eine Kürzung vor. Der Differenzbetrag solle vielmehr über das Stadterneuerungsprojekt West finanziert werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

6

Öffnung von Schulhöfen

Vorlage: VO/1061/05

Herr Verst erläutert die Vorlage. Man müsse anhand der bisher gesammelten Erfahrungen in jedem Einzelfall prüfen, ob und in welchem Umfang eine Öffnung von Schulhöfen möglich ist. Eine generelle Regelung könne es wegen der unterschiedlichen Gegebenheiten an den einzelnen Schulen nicht geben.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gebieten mit einem zu geringen Frei- und Spielflächenangebot, weitere Schulhöfe zu öffnen. Für den zwingend erforderlichen Einsatz der Schließ- und Reinigungsdienste sind bei der ARGE im notwendigen Umfang die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten zu beantragen.

Einstimmigkeit

7

Teilnahme am Bundeswettbewerb "Deutscher Förderpreis Jugend in Arbeit" - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2005

Vorlage: VO/0961/05

Herr Dr. Kühn berichtet, dass sich die drei nachstehenden Projekte für die Teilnahme an dem Bundeswettbewerb anbieten:

Projekt DIA-TRAIN der Jugendberufshilfe

Patenschaftsprojekt des Nachbarschaftsheimes

Projekt w.hip spitzenklasse für schulmüde Jugendliche

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit der ARGE Wuppertal unverzüglich

- ein Projekt auszuwählen,
- ggf. ein Projekt auszuweiten oder
- ein neues Projekt zu entwickeln,

das zum Ziel hat, Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung oder Arbeit zu bringen.

Mit diesem Projekt nimmt die ARGE Wuppertal mit den Kooperationspartner (Stadtverwaltung u.a.) am Bundeswettbewerb „Deutscher Förderpreis *Jugend in Arbeit*“ teil, den das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die Bundesagentur für Arbeit ins Leben gerufen haben.

Die Verwaltung wird die Ausschüsse über die Teilnahme am Wettbewerb und das eingereichte Wettbewerbsprojekt im Herbst des Jahres informieren.

Einstimmigkeit

8 Änderung der Satzung des KIJU
Vorlage: VO/0490/05 - 1.Neuf.

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

9 Berichte

9.1 Entwicklung der flexiblen Erziehungshilfen und der stationären Hilfen in 2005
Vorlage: VO/1084/05

Herr Mucke weist darauf hin, dass sich die Befürchtung einzelner Träger, mit ihren Hilfeangeboten vom Markt verdrängt zu werden, nicht bestätigt hat.

Frau Lottmann betont, dass der DPWV das Vordringen gewerblicher Anbieter weiterhin kritisch beobachten wird.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

9.2 Gesetz zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe
Vorlage: VO/1041/05

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

9.3 Projektmittel aus dem Landesjugendplan 2005
Vorlage: VO/1085/05

Der Verst erläutert die Vorlage.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss.

10 Wünsche und Anregungen

Frau Lottmann erinnert an die Vorstellung des neuen Kinder- und Jugendfördergesetzes NRW in der Sitzung am 15. Dez. des vergangenen Jahres, in dem die Kommunen zur Aufstellung eines Kinder- und Jugendförderplanes verpflichtet werden.

Herr Verst geht davon aus, dass die Verwaltung diesen Plan in der Dezember-Sitzung vorlegen kann. Bisher habe das Land noch nicht gesagt, wieviel Geld den Kommunen 2006 ff. zur Verfügung gestellt werden solle. Das sei aber unbedingte Voraussetzung für die Aufstellung eines Kinder- und Jugendförderplanes.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer